

IM KLARTEXT

INFORMATIONEN ZUR SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Die Ludwig-Erhard-Stiftung ist bei aller Entschiedenheit ihres Engagements für Freiheit und Verantwortung in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft von Parteien und Verbänden unabhängig. Sie ist als gemeinnützige Vereinigung voll anerkannt.

Mai 2006



Schwalben und Zahlen – Gefühle und Aufgaben

Der Frühling ist da, und die Konjunktur zeigt ein freundlicheres Gesicht. Zwischen den beiden Befunden gibt es keine verlässliche Beziehung. Aber es hat doch den Anschein, als habe sich die Einschätzung der Wirtschaftslage nicht ganz ohne das vage Gefühl eines Erwachens der Natur gebessert. In Umfragen von Forschungsinstituten sind die Stimmungskennzeichen freundlicher als die Fakten. Die Bundesregierung sieht sogar schon Zeichen der Aufhellung des Erwartungshorizontes der Unternehmen. Der Bundeswirtschaftsminister erliegt vernünftigerweise aber nicht der Versuchung, nun einen neuen Aufschwung auszurufen.

Zurückhaltung ist angebracht: Weder bei den konkreten Investitionsplänen der Unternehmen noch in den Berichten vom Arbeitsmarkt ist ein Aufschwung oder der Beginn einer neuen Wachstumsphase zu erkennen. Selbst die auffallend stabile Nachfrage der Verbraucher ist möglicherweise der statistische Widerschein einer eher konjunkturbelastenden Erwartung – die höhere Mehrwertsteuer wirft ihren Schatten voraus. Man kauft heute, weil es morgen durch das Wirken der Politik teurer wird. Da verbietet es sich in der Tat, auf einen politisch bedingten Stimmungsaufschwung in Deutschland zu setzen. Dafür gibt es keine Anzeichen.

Dass es leichtfertig wäre, aus den etwas freundlicher wirkenden Werten einer Augenblicksbefragung auf eine nachhaltige Besserung des angeschlagenen Zustands der deutschen Wirtschaft zu schließen, zeigt ein Blick auf die Arbeitsmarktdaten der vergangenen drei Jahre. Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten ist in diesem Zeitraum um 1,5 Millionen zurückgegangen. Hier zeigen sich die Lasten und Schwächen der deutschen Wirtschaft. An solcher Realität, nicht an kurzfristig schwankenden Stimmungen, hat sich die Aufgabe der Politik zu orientieren.

Hans D. Barbier

Eisenbahn-Schranken

Was im Straßenverkehr in Europa üblich ist, gilt noch lange nicht für den Schienenverkehr. Ein Lkw, der in Großbritannien mit dem Lenkrad rechts, einem Tachometer mit „mph“ und nach links gerichtetem Fahrlicht zugelassen wurde, kann überall in Europa fahren. Lediglich die Scheinwerfer müssen abgeklebt oder entsprechend eingestellt werden.

Eine so genannte „Mehrsystemlokomotive“ aus Deutschland darf in europäischen Nachbarländern aber nur fahren, wenn sie dort ebenfalls zugelassen wurde. Die Zulassungsverfahren gelten als langwierige, kaum planbare und unverhältnismäßig teure Verfahren. Bahnbetreiber verzichten deshalb in der Regel auf die Zulassung in den Nachbarländern und fahren mit ihren Loks nur im Heimatland. Dadurch ergeben sich unter anderem Wettbewerbsnachteile für die Schiene gegenüber der Straße.

Vertreter Deutschlands und Frankreichs haben Mitte März 2006 ein Abkommen zur Vereinfachung der Lokomotivzulassung unterzeichnet. Die Vereinbarung ermöglicht die gegenseitige Anerkennung von Zulassungen in beiden Ländern, womit „erstmalig wesentliche Barrieren für den grenzüberschreitenden Schienenverkehr“ – wenn auch nur zwischen zwei europäischen

Staaten – überwunden werden. Weil das Abkommen in enger Abstimmung mit der EU zustande gekommen ist, hoffen die Unterzeichner auf eine europaweite Signalwirkung.

www.bahnindustrie.info

EU-Mehrwertsteuersätze

Jedes EU-Mitgliedsland bestimmt über seine Steuersätze selbst. Einige Mitgliedsländer versuchen aber, bestimmte Steuern europaweit zu „harmonisieren“. Beispielsweise wird bei der Mehrwertsteuer von der Kommission eine Bandbreite innerhalb der EU vorgeschlagen und – nach Anhörung des Europäischen Parlaments – vom Ministerrat mit Einstimmigkeit festgelegt. Zurzeit liegt der untere Mehr-

Mehrwertsteuer	
Normalsatz	
Dänemark	25,0%
Schweden	25,0%
Polen	22,0%
Belgien	21,0%
Irland	21,0%
Italien	20,0%
Österreich	20,0%
Frankreich	19,6%
Niederlande	19,0%
Portugal	19,0%
Tschechien	19,0%
Estland	18,0%
Griechenland	18,0%
Großbritannien	17,5%
Deutschland	16,0%
Spanien	16,0%
Luxemburg	15,0%
Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft	

wertsteuersatz bei 15, der obere bei 25 Prozent; Ausnahmen für bestimmte Produkte sind möglich.

Fußball-Konjunktur

Die Fußball-WM soll Deutschland auch wirtschaftlich nach vorn bringen. Die Unternehmen hoffen auf ausgabefreudige WM-Touristen und volle Kassen. Die Verbände rechnen mit bis zu 0,6 Prozent mehr Wirtschaftswachstum.

Ökonomen in Forschungsinstituten und Banken meinen, das Fußball-Festival werde eher minimale Auswirkungen haben. Das wirtschaftliche Volumen des Fußballspektakels sei im Vergleich zur gesamten Wirtschaftsleistung zu gering. Die meisten Volkswirte prognostizieren den Beitrag der Fußball-WM zum Wachstum der deutschen Konjunktur auf nahe Null bis 0,25 Prozentpunkte. Das Wirtschaftswachstum für 2006 insgesamt soll zwischen 1,6 und zwei Prozent liegen.

www.dihk.de/inhalt/informationen/news/meldungen/meldung008557.main.html

EU-Unternehmenspleiten

In Europa ist 2005 – erstmals seit vier Jahren – die Zahl der Unternehmenspleiten gesunken. Rund 147 000 Firmen mussten Konkurs anmelden, 3 000 weniger als im Jahr davor.

Den höchsten Pleiten-Rückgang meldete Irland; dort sank die Zahl der Insolvenzen um 21,5 Prozent. Auch in Deutschland ist die Anzahl der Pleiten rückläufig. Hier wurden 3,5 Prozent weniger Insolvenzen registriert.

www.creditreform.de/Deutsch/Creditreform/Aktuelles/News

Freizügigkeit mit Hindernissen

In diesem Jahr helfen voraussichtlich über 250 000 Polen auf deutschen Feldern: Sie stechen Spargel, pflücken Erdbeeren, ernten Gurken. Dabei sind knapp fünf Millionen Deutsche arbeitslos. Warum werben Landwirte trotzdem Saisonarbeiter aus dem Ausland an?

Die Bundesregierung will die Anwerbung ausländischer Erntehelfer erschweren. Von diesem Jahr an sind deutsche Landwirte verpflichtet, einen Teil ihrer Arbeitsplätze mit deutschen Arbeitnehmern zu besetzen: Zehn Prozent der Arbeitskräfte müssen und weitere zehn Prozent sollen möglichst Einheimische sein. Aus den vergangenen Jahren ist allerdings bekannt, dass deutsche Erntehelfer eher selten sind. Ohne polnische Hilfskräfte würde manches Feld nicht abgeerntet.

Dabei gehört die Freizügigkeit von Arbeitnehmern – neben dem freien Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr – zu den Grundfreiheiten der EU. Sie ist in Artikel 39 des EG-Vertrages verankert. Mit dem Beitritt der mittel- und osteuropäischen Länder sowie Malta und Zypern zur EU am 1. Mai 2004 müsste die freie Arbeitsplatzwahl prinzipiell auch für die Bürger dieser Länder gelten. Doch die Freizügigkeit unterliegt Übergangsregelungen. Nur die Arbeitnehmer aus Malta und Zypern genießen die uneingeschränkte Freiheit, überall in der EU arbeiten zu können.

Furcht vor zuwandernden Arbeitskräften

Einige der alten EU-Mitglieder hatten befürchtet, dass nach der EU-Erweiterung Arbeitnehmer aus den neuen Mitgliedsländern auf die hei-

mischen Arbeitsmärkte strömen oder durch den Zuzug ihrer Familien die nationalen Sozialsysteme belastet würden. Im Beitrittsvertrag sind deshalb auf Betreiben von Deutschland und Österreich Übergangsregelungen vereinbart worden. Die Arbeitnehmerfreizügigkeit darf danach maximal sieben Jahre lang beschränkt werden. Den neuen EU-Ländern steht die Möglichkeit der Beschränkung ebenfalls offen.

Die sieben Jahre sind in drei Phasen unterteilt: Die erste zweijährige Phase endete am 30. April 2006. Hat ein Mitgliedstaat beschlossen, den Zugang zu seinem Arbeitsmarkt weiterhin einzuschränken, gelten die Regelungen bis Ende April 2009. Danach können sie nur dann ein letztes Mal um weitere zwei Jahre verlängert werden, wenn die Zuwanderung von Arbeitskräften den Arbeitsmarkt eines Landes nachweisbar ernsthaft gestört hat oder zu stören droht.

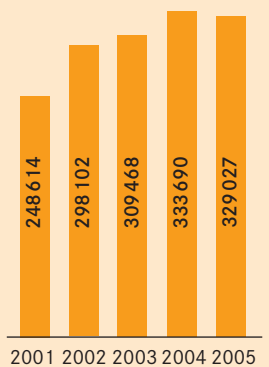
Die Angst vor den neuen Nachbarn war nicht überall gleich groß: Großbritannien, Irland und Schweden öffneten ihre Arbeitsmärkte mit dem Tag der EU-Erweiterung. Die übrigen alten EU-Staaten wendeten die Übergangsbestimmungen vorerst zwei Jahre lang an. Von den neuen Mitgliedern entschieden sich Polen, Ungarn und Slowenien für die zweijährige Zugangsbeschränkung.

In Deutschland dürfen Arbeitnehmer aus den osteuropäischen Beitrittsstaaten nur mit Erlaubnis der zuständigen Agentur für Arbeit tätig werden. Es gelten die gleichen Bedingungen – Regelungen für Gastarbeiter, Saisonarbeiter und Grenzgänger – wie vor dem Beitritt, die auf den alten bilateralen Abkommen beruhen. Eine kleine „Erleichterung“: Nach der so genannten „Arbeitsmarktvorangprüfung“ werden bei der Stellenbesetzung Arbeitnehmer aus den neuen EU-Ländern gegenüber solchen aus Nicht-EU-Ländern bevorzugt.

Der eingeschränkte Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt wird damit begründet, dass die Arbeitslosigkeit weiter steige, wenn der Arbeitsmarkt abrupt geöffnet wird. Auch die geographische Lage Deutschlands im Zentrum Europas wird angeführt: Mit den zwei neuen EU-Mitgliedern

Arbeitsgenehmigungen

Saisonarbeiter und Schausteller



Quelle: Bundesagentur für Arbeit



„Soweit alle Bemühungen, zur Integration Europas zu gelangen, überhaupt auf einen Nenner gebracht werden können, so auf den: Verwirklicht die Freiheit in allen Lebensbereichen!“

Ludwig Erhard

Polen und Tschechien teile die Bundesrepublik eine lange gemeinsame Grenze. Das mache die Bundesrepublik für Grenzgänger interessant, die zwischen Wohnort und Arbeitsplatz pendeln wollen.

Arbeitsmärkte öffnen oder nicht öffnen?

Bis zum 30. April 2006 mussten die Regierungen der EU-Länder der Kommission mitteilen, ob sie den Zugang zu ihren Arbeitsmärkten frei geben oder die Einschränkungen weiter aufrechterhalten wollen. Die Regierungen von Finnland, Griechenland, Spanien und Portugal haben beschlossen, dass sie ihre Beschränkungen nicht länger beibehalten. Belgien, Dänemark, Frankreich, Italien und Luxemburg wollen die Regelungen lockern. Österreich hat die Übergangsregelungen – ebenso wie Deutschland – verlängert.

Eine Entscheidungshilfe für die zweite Phase bot die EU-Kommission. Sie hat am 8. Februar 2006 ihren „Bericht über die Anwendung der im Beitrittsvertrag 2003 festgelegten Übergangsregelungen“ vorgelegt. Die Kommission kommt zum Ergebnis, dass wesentlich weniger Arbeitnehmer aus den neuen in die alten Mitgliedsländer gewandert sind, als erwartet wurde. Das gilt selbst für die Länder, die auf Beschränkungen von vornherein verzichtet haben.

Die Kommission kann auch nicht bestätigen, dass der Zugang mittel- und osteuropäischer Arbeitnehmer zu mehr Arbeitslosigkeit in den alten EU-Staaten geführt hat. In Großbritannien, Irland und

Schweden zeige sich, dass die Arbeitslosigkeit mit zunehmender Einwanderung sogar gesunken ist: Die Einwanderer hätten Engpässe am Arbeitsmarkt ausgeglichen, was sich positiv auf die Wirtschaft ausgewirkt und zu neuen Arbeitsplätzen geführt habe.

Das Europäische Parlament hat Anfang April 2006 zum Bericht der EU-Kommission Stellung genommen. Für die Mehrheit der Abgeordneten ließ er nur eine Forderung zu: die umgehende vollständige Öffnung der Arbeitsmärkte.

Vladimír Špidla, EU-Kommissar für Arbeit, Soziales und Chancengleichheit, hat kürzlich darauf hingewiesen, dass nach der EU-Erweiterung die Arbeitnehmer nicht nur von Ost nach West gezogen sind. Beispielsweise entspreche die Zahl französischer Arbeitnehmer in Tschechien in etwa der Zahl der Tschechen, die in Frankreich Arbeit gefunden haben.

Übergangsregelungen bleiben bestehen

Die deutsche Bundesregierung hat bereits am 22. März 2006 beschlossen, die Übergangsregelungen weitere drei Jahre beizubehalten. Dieser Beschluss entspricht auch der Haltung von Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften.

Die Arbeitgeberverbände wollen die Regelungen beibehalten, weil sich die Lage auf dem deutschen Arbeitsmarkt nicht verbessert habe. Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) plädieren zudem für eine „gesteuerte Zuwande-

rung“. Sie schlagen ein Punktesystem vor, nach dem Arbeitnehmer aus den neuen EU-Mitgliedstaaten Zugang erhalten, wenn sie bestimmte Kriterien – zum Beispiel Sprachkenntnisse oder berufliche Qualifikation – erfüllen.

Die Gewerkschaften finden ebenfalls, dass die Übergangsregelungen bis mindestens 2009 gelten müssen, um soziale Spannungen zu verhindern. Die Übergangsfristen sollen dazu genutzt werden, den „sozialen Fortschritt voranzubringen und die Lebens- und Arbeitsbedingungen in Europa anzugleichen“.

Kritiker, zum Beispiel der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK), sehen die Gefahr, dass notwendige Arbeitsmarktreformen und der Umbau der sozialen Sicherungssysteme weiter aufgeschoben werden. Nach dem Wegfall der Zugangsbeschränkungen spätestens im Jahr 2011 würde Deutschland dann „kalt erwischt“.

Freizügigkeit: Idee und Wirklichkeit

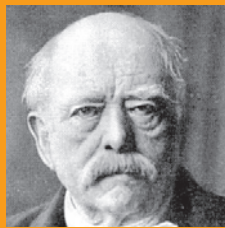
Die EU hat inzwischen 25 Mitglieder und ist mit rund 450 Millionen Bürgern der bislang größte Binnenmarkt der Welt. Der Erweiterungsprozess ist noch nicht abgeschlossen: Die Beitritte Bul-

gariens und Rumäniens stehen voraussichtlich zum 1. Januar 2007 an. Mit Kroatien und der Türkei wurden im Oktober 2005 Beitrittsverhandlungen aufgenommen. Mazedonien erhielt beim Europäischen Rat im Dezember 2005 den Status eines Beitrittskandidaten. Mit Serbien und Montenegro laufen Verhandlungen über ein Assoziierungs-Abkommen, das die beiden Staaten wirtschaftlich enger an die EU binden soll.

Jede EU-Erweiterung wird damit begründet, dass ein größerer Wirtschaftsraum mehr Freiheit bietet. Umso fragwürdiger ist, wenn Übergangs- und Schutzklauseln die gewonnene Freiheit beschneiden. Der jeweils erreichte Stand der Freizügigkeit sollte nicht zurückgeschraubt werden. Ansonsten, so Ludwig Erhard schon 1957, sei „das Bekenntnis zur europäischen Integration nur eine Liebeserklärung sehr platonischer Art“. Seiner Meinung nach war es wenig überzeugend, „wenn man mit Pathos von einer europäischen Integration spricht, aber gleichzeitig neben einem freien Waren- und Dienstleistungsverkehr nicht auch den Menschen die Möglichkeit eröffnet, sich überall frei zu betätigen“.

Natalie Furjan

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte		
in Deutschland	gesamt	darunter ausländische Beschäftigte
1999	27 482 572	1 922 429
2001	27 817 114	2 008 062
2003	26 954 686	1 860 411
2005	26 178 266	1 744 060
Quelle: Statistisches Bundesamt		



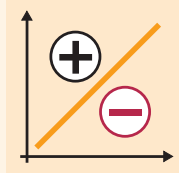
„Es gibt keine Handlung,
für die niemand verantwortlich wäre.“

Otto von Bismarck

IM KLARTEXT

Mai 2006

INDEX



Die Soziale Marktwirtschaft im Mai 2006

Ludwig Erhard hat mit der Sozialen Marktwirtschaft eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung realisiert, in der jeder die Chance hat, seine Lebensumstände in eigener Verantwortung zu gestalten. Wie es um die Soziale Marktwirtschaft heute steht, lässt sich nicht mit wenigen Worten sagen. Die Ludwig-Erhard-Stiftung möchte dennoch eine komprimierte Beurteilung vornehmen. Sie beleuchtet Monat für Monat einen besonderen Aspekt der Grundziele, die sich aus dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft ergeben: Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und Eigenverantwortung.

Vollbeschäftigung ⊕
Die monatliche Bestandsaufnahme der Bundesagentur für Arbeit (BA) weist für April 2006 rund 4,79 Millionen Arbeitslose aus. Das waren 187 000 weniger als im Vormonat und sogar 262 000 weniger als im April 2005.

Frank-Jürgen Weise, Vorstandsvorsitzender der Bundesagentur, ist vorsichtig optimistisch: Wenn in den kommenden beiden Monaten die Arbeitslosenzahl ebenfalls sinken sollte, sei das eine Trendwende. Für den Sommer rechnet die BA deshalb mit einem –

nicht nur saisonal bedingten – deutlichen Rückgang der Arbeitslosigkeit.

Geldwertstabilität ⊖
Das Statistische Bundesamt hat ausgerechnet, dass Löhne und Gehälter im vergangenen Jahr vor Abzug von Steuern und Sozialabgaben um 1,1 Prozent gestiegen sind. Damit lagen die Arbeitnehmerverdienste 2005 unter dem An-

für die Arbeitnehmer gab, bedeutet das: Die Realeinkommen der Beschäftigten sind gesunken.

Eigenverantwortung ⊖
In Deutschland bestreiten immer weniger Menschen ihren Lebensunterhalt durch Arbeit: Nur noch rund 39 Prozent leben vom Arbeitseinkommen.

Nach den Zahlen, die das Statistische Bundesamt zum Tag der Arbeit am 1. Mai veröffentlicht hat, erwirtschaften vor allem Männer ihren Lebensunterhalt immer seltener durch Arbeit. 1991 waren es noch 56 Prozent; die aktuelle Statistik weist nur noch einen Anteil von knapp 47 Prozent aus. Bei den Frauen ist der Anteil von 34 Prozent auf knapp 33 Prozent gesunken.

Die zunehmende Arbeitslosigkeit und die steigende Zahl der Rentner und Pensionäre sind Ursachen für die Entwicklung. Mittlerweile leben knapp fünf Prozent der Bevölkerung überwiegend von Arbeitslosengeld oder -hilfe, mehr als doppelt so viele wie im Vergleichsjahr 1991. Während in den alten Bundeslän-

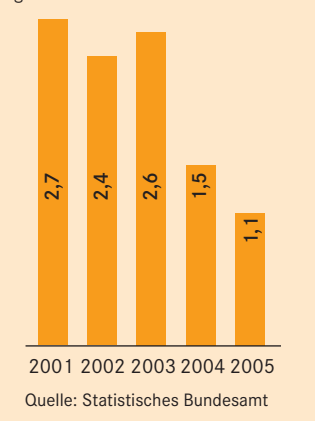
dern inzwischen gut drei Prozent auf diese Quelle zum Lebensunterhalt angewiesen sind, trifft dies in den neuen Bundesländern für zehn Prozent zu. Der Anteil der Bevölkerung, die überwiegend von Rente oder Pension lebt, beträgt rund 23 Prozent. Innerhalb des Vergleichszeitraums ist dieser Anteil um vier Prozent gestiegen.

Wachsende Bedeutung für den Unterhalt haben auch Leistungen durch Angehörige. Darauf sind knapp 29 Prozent der Bevölkerung angewiesen (32 Prozent in den alten, 18 Prozent in den neuen Bundesländern).

Summa summarum: Immer weniger Bürger können ihren Lebensunterhalt aus eigener Kraft sichern.

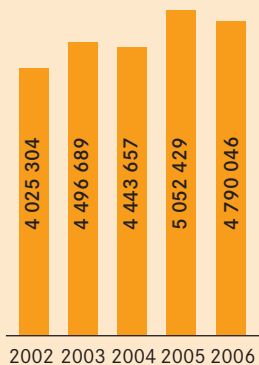
Einkommenszuwachs

Anstieg der Bruttolöhne und -gehälter in Prozent



stieg der durchschnittlichen Teuerungsrate von zwei Prozent. Da es von staatlicher Seite keine Entlastungen bei Steuern und Sozialabgaben

Arbeitslose



Einkommensquelle

Einkommen überwiegend aus:	
Lohn/Gehalt	39,4 %
Unterhalt durch Familie	29,2 %
Rente/Pension	23,1 %
Arbeitslosengeld/-hilfe	4,6 %
sonstigen Einkünften*	3,7 %

* Vermögen, Versicherungen, sonstige Unterstützungen
Quelle: Statistisches Bundesamt

Impressum:

Herausgeber: Ludwig-Erhard-Stiftung · Johanniterstraße 8 · 53113 Bonn
Telefon 0228 / 5 39 88-0 · Telefax 0228 / 5 39 88-49
Redaktion: Andreas Schirmer · Foto: dpa Bilderdienste
Druck und Herstellung: Druckerei Gerhards GmbH, Bonn-Beuel
erscheint monatlich · www.ludwig-erhard-stiftung.de

Ludwig Erhard